
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ABSCHALTUNG VON KOHLEKRAFTWERKEN

03.05.2018

- **Abenteuerlicher Plan der grünen Umweltministerin gefährdet Versorgungssicherheit**
- **Windkraft liefert nicht sechs Prozent des Strombedarfs**
- **Netzausbau kommt nicht voran**

WIESBADEN - René ROCK, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, erklärt zur Forderung der grünen Umweltministerin zur Abschaltung von Kohlekraftwerken: „Die in dem Brief an die Bundesregierung von der hessischen Umweltministerin Priska Hinz geforderte „rasche“ Abschaltung von Kohlekraftwerken mit einer Leistung von mindestens sieben Gigawatt ist abenteuerlich. Ein Blick in den aktuellen Energiebericht der hessischen Landesregierung, den Herr Al-Wazir vorgelegt hat, zeigt wie katastrophal sich die von den Grünen geforderte Abschaltung auf die Versicherungssicherheit in Hessen auswirken würde. Hessen verbraucht im Jahr etwa 37 Terawattstunden (TWh) Strom, aber nur 6,5 TWh (17,5 Prozent) werden aus erneubaren Energien gewonnen. Windkraft liefert aktuell mit rund 1.000 Windkraftanlagen etwa 2,3 TWh Strom, gerade einmal sechs Prozent unseres Bedarfes.“

Rock weiter:

„Wer angesichts dieser Zahlen und der bevorstehenden Abschaltung der Kernkraftwerke die Abschaltung der grundlastfähigen Kohlekraftwerke fordert, der riskiert einen Totalschaden. Auch beim Netzausbau kommt Hessen nicht voran. Keines der acht durch Hessen verlaufenden Großprojekte aus dem Bundesbedarfsplangesetz ist genehmigt. Bis heute ist nicht klar, wo entlang die Suedlink-Trasse überhaupt verlaufen soll.“

Die Forderungen von Frau Hinz sind nur mit grüner Ideologie zu erklären und stehen im

krassen Widerspruch zu den Fakten, die die Landesregierung selbst vorgelegt hat. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage hat die hessische Landesregierung im November letzten Jahres erklärt, dass ihr „seriöse Abschätzungen über die Folgen der Abschaltung aller Kohlekraftwerke“ nicht bekannt seien. Ich frage mich dann, wie Frau Hinz dann ein rasches Abschalten von Kohlekraftwerken fordern kann. Den Schaden dieser Harakiri-Politik tragen am Ende die Verbraucher, nicht nur durch ständig steigende Energiekosten, sondern auch durch die Gefahr eines Blackouts, der zu massiven Schäden und Verletzten führen würde.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de